Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

07.05.1986 - Drucksache 11/629

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/629
07. 05. 86

Antrag der Fraktion der SPD

Konsequenzen aus der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (UdSSR) ist der schwerste seit Beginn der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er hat ein Ausmaß angenommen, das bisher von der Mehrheit der einschlägigen Wissenschaftler für kaum erreichbar gehalten wurde. Die dadurch verursachten Schädigungen von Gesundheit und Umwelt in der UdSSR und anderen Staaten sind noch nicht absehbar. Diese Katastrophe hat gezeigt, daß trotz teilweiser hoher Sicherheitsstandards, wie sie besonders beim Betrieb von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik gegeben sind, ein größtmöglicher technisch nicht beherrschbarer Unfall nicht absolut vermeidbar ist.

Der Unfall hat auch bei der Bevölkerung des Landes Bremen zu größter Besorgnis und Unruhe geführt.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, Handlungskonzepte weiter zu entwickeln mit dem Ziel, im Falle drohender Belastung durch Radioaktivität die Bevölkerung frühzeitig zu informieren und Empfehlungen für den gesundheitlichen Schutz zu geben.

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, über die Messungen der radioaktiven Belastung von Jod hinaus die entsprechenden Messungen für Caesium und Strontium langfristig zu betreiben und darüber regelmäßig zu informieren.

Die Bürgerschaft bekräftigt ihre Beschlüsse vom Mai 1979 und vom März 1981, und sie erklärt darüber hinaus, daß sie alle Bemühungen unterstützen wird

— zur sofortigen Abschaltung aller mit nachweisbaren Mängeln behafteten Kernkraftwerken wie z. B. das Kernkraftwerk Stade,

— zur Stillegung aller in der Bundesrepublik bestehenden Kernkraftwerke bis 1991

und

— zum sofortigen Stopp für einen weiteren Ausbau derzeit noch nicht fertiggestellter sowie in der Planung befindlicher Kernenergieanlagen (unter anderem eine Wiederaufbereitungsanlage und der Schnelle Brüter).

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für den Abbau der Nutzung von Kernenergie einzusetzen und auf Forschung und Entwicklung alternativer Energien sowie die verstärkte Nutzung der Kohle hinzuwirken.

Die Bürgerschaft ist der Ansicht, daß auf internationaler Ebene gleiche Standards und gemeinsame Alternativen erreicht werden müssen. Sie fordert die Bundesregierung auf, den Export und die Bauhilfe für Kernkraftwerke außerhalb der Bundesrepublik zu untersagen.

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich im Bundesrat mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Bundesregierung zu wehren, die nötige aber rein formale Korrektur der Strahlenschutzverordnung dazu zu mißbrauchen, daß das geltende Strahlenschutzrecht im Interesse der Atomindustrie aufgeweicht wird. Dem Grundsatzgebot, Strahlung möglichst niedrig zu halten, ist gegenüber der Bundesregierung absolute Geltung zu verschaffen.

Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen